



Unverkäufliche Leseprobe
Rolf Steininger
Von Kanzlern und Präsidenten

Deutsch-amerikanische Beziehungen von Adenauer
und Eisenhower bis Merkel und Trump
Broschur. 212 Seiten mit 22 s/w Abbildungen.

Format 14,5 x 21,5 cm.

ISBN 978-3-95768-206-2



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf:

www.lau-verlag.de

Rolf Steininger

Von KANZLERN und
PRÄSIDENTEN

Rolf Steininger

Von KANZLERN und
PRÄSIDENTEN

Deutsch-amerikanische Beziehungen von
Adenauer und Eisenhower bis Merkel und Trump



**Bibliografische Information
der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Mit 22 Abbildungen

ISBN 978-3-95768-206-2

© 2019 Lau-Verlag & Handel KG, Reinbek

Internet: www.lau-verlag.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung
und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert,
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagentwurf: pl, Lau-Verlag, Reinbek

Titelabbildungen: (oben) US-Präsident Dwight D. Eisenhower (r) begrüßt
Bundeskanzler Konrad Adenauer (l) am 17.12.1957 zu einer Aussprache in
Paris. Die Beratung befasst sich mit Themen der Nato-Konferenz, die vom
16. bis 19.12.1957 in Paris stattfindet. © picture alliance / UPI

(unten) Bundeskanzlerin Angela Merkel steht neben US-Präsident Donald
Trump 26.05.2017 beim Familienfoto beim G7-Gipfel in Taormina in
Italien. © picture alliance / Michael Kappeler/dpa

Satz und Layout: pl, Lau-Verlag, Reinbek

Druck und Bindung: GK Druck Gerth und Klaas GmbH & Co. KG, Hamburg
Printed in Germany

INHALT

Vorbemerkung	9
Einleitung	11
I. 1953–1961: Konrad Adenauer und Dwight D. Eisenhower	17
1. Konrad Adenauer	17
2. Dwight D. Eisenhower	20
3. 1953: Adenauers erster Besuch in Washington	27
4. 1958–1961: Die Berlinkrise	30
II. 1961–1963: Konrad Adenauer und John F. Kennedy	35
1. John F. Kennedy	35
2. 1961/62: Die Berlinkrise	37
3. 1962: Wieder Gespräche in Washington	42
4. 1963: Der deutsch-französische Vertrag	44
5. 1963: »Ich bin ein Berliner!«	45
III. 1963–1966: Ludwig Erhard und Lyndon B. Johnson	53
1. Lyndon B. Johnson	53
2. Ludwig Erhard	58
3. Ludwig Erhard zu Besuch in Texas	60
4. 1965: Ein »Johnson Treatment« für Ludwig Erhard	63
5. Erhards letzter Besuch bei Johnson	66

INHALT

IV. 1966–1969: Kurt Georg Kiesinger und Lyndon B. Johnson	69
1. Kurt Georg Kiesinger	69
2. August 1967: Kiesinger zu Besuch bei Johnson	71
V. 1969–1974: Willy Brandt und Richard M. Nixon	75
1. Willy Brandt	75
2. Richard M. Nixon	75
3. Nixon und Brandt: ein schwieriges Verhältnis	77
VI. 1974–1982: Helmut Schmidt, Gerald R. Ford, Jimmy Carter und Ronald Reagan	85
1. Helmut Schmidt	85
2. Gerald R. Ford	87
3. Jimmy Carter	92
4. Dissonanzen zwischen Schmidt und Carter	101
5. Ronald Reagan	111
VII. 1982–1998: Helmut Kohl, Ronald Reagan, George H. W. Bush und Bill Clinton	127
1. Helmut Kohl und Ronald Reagan: das erste Treffen	127
2. Helmut Kohl und Reagans Handschlagqualität	128
3. 1985: Besuch in Bergen-Belsen und Bitburg	133
4. 1987: »Mr. Gorbachev, tear down this wall!«	136
5. George H. W. Bush	139
6. Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung	140
7. Bill Clinton	144

INHALT

VIII. 1998–2005: Gerhard Schröder, Bill Clinton und George W. Bush	153
1. Gerhard Schröder	153
2. George W. Bush	154
IX. 2005–2016: Angela Merkel, George W. Bush und Barack Obama	159
1. Angela Merkel	159
2. Barack Obama	162
X. Seit 2016: Donald Trump und Angela Merkel	167
1. Der Narzisst Donald Trump	167
2. Die neue Zeit des Trumpismus: »America First!«	171
XI. Anhang	175
Anmerkungen	177
Regierungszeiten	197
Literatur/Fernsehen/Hörfunk	199
Personenregister	205
Bildnachweis	209

VORBEMERKUNG

Am 8. April 1953 wurde Bundeskanzler Konrad Adenauer von US-Präsident Dwight D. Eisenhower im Weißen Haus in Washington empfangen. Acht Jahre nach Kriegsende war dies das erste Treffen zwischen einem deutschen Bundeskanzler und einem amerikanischen Präsidenten. Bis 2019 folgten noch 95 weitere. Diese Treffen können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie spiegeln nicht nur die persönlichen Beziehungen zwischen diesen Politikern wider, sondern geben darüber hinaus auch Aufschluss über das deutsch-amerikanische Verhältnis in jenen Jahren.¹ Dabei geht es auch um die politischen und menschlichen Dimensionen dieser Beziehungen, die z. T. tiefe Einblicke in das Innenleben dieser Akteure ermöglichen und uns zeigen, wie sie in bestimmten Situationen agierten. Es gab gute und weniger gute Zeiten, die deutsch-amerikanische Partnerschaft – in manchen Fällen gar Freundschaft – wurde dabei allerdings zu keinem Zeitpunkt ernsthaft infrage gestellt. Das änderte sich erst mit dem 45. Präsidenten – Donald Trump.

EINLEITUNG

Teilung und Westintegration

Bis zum ersten Besuch Adenauers im Weißen Haus 1953 war es ein weiter Weg gewesen, der acht Jahre zuvor begonnen hatte.

»Es muß den Deutschen klargemacht werden, dass Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben. Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden.«¹ So lauteten die Kernsätze in der berühmten »Direktive 1067« der amerikanischen Stabschefs vom April 1945.

Was der Oberbefehlshaber der anglo-amerikanischen Truppen, General Dwight D. Eisenhower, nach dem Besuch von Ohrdruf, einem Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald, etwa 13 km südlich von Gotha, am 12. April damals sagte, galt für viele andere auch: Er werde niemals wieder einem Deutschen die Hand geben, geschweige denn mit ihm sprechen.²

Wer damals Deutsch sprach, hatte schlicht und einfach schlechte Karten. Das deutsche Volk war geächtet. In den ersten Wochen vor und nach dem 8. Mai 1945 wurden von den amerikanischen Soldatensendern Radiospots ausgestrahlt, die sich so anhörten: »Jeder freundliche deutsche Zivilist ist ein getarnter Soldat des Hasses, bewaffnet mit der inneren Überzeugung, daß die Deutschen noch immer überlegen sind, daß es eines Tages ihre Bestimmung sein wird, dich zu vernichten. Ihr Haß und

ihr Zorn und ihre Überzeugung stecken ihnen tief im Blut. Ein Lächeln ist ihre Waffe, um dich zu entwaffnen. Fraternisiere nicht! – Im Herzen, mit Leib und Seele ist jeder Deutsche Hitler. Hitler ist der Mann, der den Glauben der Deutschen verkörpert. Schließ keine Freundschaft mit Hitler! Fraternisiere nicht!«³

Genauso klang es auch in dem wohl bekanntesten Lehrfilm der US-Army für die zukünftigen Besatzer: *Your Job in Germany*, 1945.⁴

General Lucius D. Clay, 1945 bis 1947 stellvertretender US-Militärgouverneur und dann bis 1949 Militärgouverneur in Deutschland, schrieb am 16. Juni 1945 an den stellvertretenden Kriegsminister John J. McCloy: »Der kommende Winter wird schlimm werden für die Deutschen. Sie werden hungern und frieren. Einiges davon muß sein, damit sie am eigenen Leib die Folgen des von ihnen ausgelösten Krieges erfahren.«

Dann folgten allerdings zwei bezeichnende weitere Sätze: »Zwischen dem für diesen Zweck notwendigen Hungern und Frieren und dem Hungern und Frieren, das zu menschlicher Verzweiflung führt, ist es ein weites Feld. Möglicherweise können wir die Verzweiflung nicht verhindern, aber es ist mit Sicherheit unsere Pflicht, es zu versuchen.«⁵

Die Amerikaner versuchten es bekanntlich und reichten den Deutschen schon bald die Hand. Der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt, der nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft seine ersten brauchbaren Stiefel von amerikanischen Quäkern geschenkt bekam, erinnerte sich noch 1987: »Ich werde das nicht vergessen.«⁶ So wie ihm ging es damals vielen Deutschen. Konrad Adenauer wies in seiner ersten Regierungserklärung am 20. September 1949 darauf hin, als er meinte, er glaube nicht, »daß jemals in der Geschichte ein siegreiches Land versucht hat, dem besiegten Land in der Weise zu helfen und zu seinem Wiederaufbau und zu seiner Erholung beizutragen, wie das die Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland getan

haben und tun«. Unzählige Amerikaner hätten den Deutschen in ihrer schweren Not geholfen; das deutsche Volk »wird das dem amerikanischen Volk niemals vergessen dürfen, und wird das auch nicht vergessen«. ⁷

Der Ausbruch des Kalten Krieg wurde dabei für die Westdeutschen zu einem Glücksfall – allerdings mit der Konsequenz der Teilung des Landes. Was sich bereits 1945 abzeichnete, machte US-Präsident Harry S. Truman am 5. Januar 1946 intern und unmissverständlich klar: »Wenn man mit Rußland nicht eine deutliche Sprache spricht und ihm nicht mit eiserner Faust entgegentritt, ist der nächste Krieg in Sicht. Es gibt nur eine Sprache, die die Russen verstehen, nämlich: Wie viele Divisionen habt ihr?« Er sprach sich gegen weitere Kompromisse aus und betonte: »Ich habe es satt, die Sowjets weiter zu hätscheln.« (*»I am tired of babying the Soviets.«*) ⁸

Das war der Beginn eines Jahres, dessen Ende auch das Ende jeder Kooperation mit der Sowjetunion bedeutete. Von nun an ging es beinahe Schlag auf Schlag. Am 9. Februar 1946 hielt Stalin in Moskau eine Rede, in der er erneut die marxistische These vertrat, dass das kapitalistische System in sich selbst die Elemente einer allgemeinen Krise und militärischer Zusammenstöße enthalte, mit anderen Worten: Die von Stalin erwartete Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Staaten würde nahezu gesetzmäßig zur Aufrüstung und schließlich zum Krieg führen. Das State Department und Marineminister James Forrestal betrachteten diese Rede als einen direkten Angriff auf die USA; und für William O. Douglas, einen Richter am Obersten Bundesgericht, war dies gar eine »Kriegserklärung, die Erklärung zum Dritten Weltkrieg«.

Das State Department bat den stellvertretenden Chef der amerikanischen Mission in Moskau, George F. Kennan, um eine Einschätzung dieser Rede. Die kam am 22. Februar in Form jenes berühmten »langen Telegramms«. Es waren zwar

nicht »8000 Worte«, wie Kennan in seinen Erinnerungen später schrieb, sondern nur 5000, aber immer noch das längste Telegramm in der Geschichte des State Department. Für den Russlandexperten Kennan war die sowjetische Außenpolitik militant, aggressiv und expansionistisch, kompromisslos, negativ und destruktiv. Winston Churchill sprach in seiner berühmten Rede in Fulton/Missouri am 5. März 1946 im Beisein von Präsident Truman erstmals öffentlich vom »Eisernen Vorhang« und bedauerte intern, dass »Uncle Joe« – Stalin – ihm daraufhin wohl keinen Kaviar mehr schicken würde. Im britischen Kabinett sprach Premierminister Clement Attlee am 7. Mai 1946 von Westdeutschland als einem »Bollwerk gegen die Ausbreitung des kommunistischen Einflusses aus dem Osten«.⁹

Was 1946 erkennbar gewesen war, trat im Laufe des Jahres 1947 in aller Schärfe auch öffentlich zutage. Das Jahr stand im Zeichen wachsender Ost-West-Spannungen, der Kalte Krieg brach nun offen aus. Stichworte sind hier Truman-Doktrin und Marshall-Plan. In einer Rede am 12. März 1947 vor beiden Häusern des Kongresses machte Truman das Angebot, »die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder dem Druck von außen widersetzen,« und US-Außenminister George C. Marshall bot im Juni 1947 in einer Rede an der Harvard-Universität den Europäern umfassende Wirtschaftshilfe an.

Die dann anlaufende Hilfe des nach Marshall benannten Plans machte einen tiefen Eindruck auf die Westdeutschen und ihre politischen Repräsentanten. Die Auswirkungen in wirtschaftlicher, politischer und auch in psychologischer Hinsicht auf sie waren gravierend. Für viele ging es damals schlicht ums Überleben. Die Dankesworte der Politiker waren ehrlich gemeint. Die USA wurden zunehmend als Garant der Freiheit gesehen, was bei der nächsten großen Krise, der Berlin-Blockade 1948/49, noch deutlicher wurde.



Berlinblockade 1948/49: Die Anglo-Amerikaner reagieren mit der Luftbrücke. Hier einer der berühmten »Rosinenbomber«.

Wer im Sommer 1948 in Westdeutschland noch Zweifel an der Richtigkeit der anglo-amerikanischen Politik hatte, dem wurden diese jetzt durch die Brutalität der Blockade genommen. Bei der Abwehr der sowjetischen Erpressung fühlten sich Westdeutsche, Westberliner und Westalliierte zum ersten Mal seit 1945 als Verbündete.

Es ging um die Abwehr der sowjetischen Bedrohung und um die Integration der Bundesrepublik in den Westen. Im Sommer 1949 bezeichnete US-Außenminister Dean Acheson das als »wichtigstes Ziel der amerikanischen Politik«.¹⁰ Die Konsequenz drückte ein britischer Diplomat treffend so aus: Man müsse sich dann damit wohl abfinden, den deutschen Partner vor dem Kamin im Wohnzimmer eine dicke Zigarre rauchen zu sehen.¹¹

EINLEITUNG



Bundeskanzler Konrad Adenauer und der amerikanische Hochkommissar John J. McCloy. Ihr Verhältnis ist anfangs eher frostig, wird dann aber immer besser.

I. 1953–1961: KONRAD ADENAUER UND DWIGHT D. EISENHOWER

1. Konrad Adenauer

Der erste deutsche Partner war Bundeskanzler Adenauer, der sich schon bald als der richtige Mann für diese Politik erwies. Konrad Adenauer war 73 Jahre alt, als er am 15. September 1949 vom Bundestag mit einer Stimme Mehrheit zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt wurde. Angesichts seines hohen Alters betrachteten ihn manche als eine Art Übergangskanzler. Sie sollten sich gründlich täuschen. Adenauer hatte klare Vorstellungen, wohin die Reise dieser Bundesrepublik gehen sollte. Aus dem Elend der deutschen Geschichte und dem Misstrauen gegenüber seinen Landsleuten leitete er nach 1945 seine Grundsatzentscheidung ab, nämlich das Gesicht der (West-)Deutschen nach Westen zu wenden. Die Westintegration, das hieß Freiheit und Sicherheit für die Bundesrepublik, und hatte für ihn Vorrang vor der Wiedervereinigungspolitik.

Gegenüber dem amerikanischen Hochkommissar John McCloy formulierte Adenauer im Dezember 1950 seine zwei Grundprinzipien, und zwar:

- »1) Es ist besser, daß die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands verzögert wird, als daß ein vereinigtes Deutschland unter bolschewistische Herrschaft gerät.
- 2) Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß man das Verhältnis zu Frankreich unter allen Umständen auf eine gesunde Basis der gegenseitigen Verständigung stellen muss, daß man alles tun muss, um das Verhältnis Deutschlands zu England möglichst wirksam zu gestalten; das Entscheidende aber ist eine enge Kooperation mit den Vereinigten

Staaten; denn ohne diese Kooperation ist Westeuropa und damit auch Westdeutschland gegenüber der Gefahr aus dem Osten nicht zu bewahren.«¹

Die Grundprämissen seiner Außenpolitik hatte er bereits vor seiner Amtsübernahme in einem Privatbrief folgendermaßen formuliert: »Auf außenpolitischem Gebiet liegt unsere Linie fest. Sie richtet sich in erster Linie darauf, ein enges Verhältnis zu den Nachbarstaaten der westlichen Welt, insbesondere zu den Vereinigten Staaten herzustellen. Es wird von uns mit aller Energie angestrebt werden, daß Deutschland so rasch wie möglich als gleichberechtigtes und gleichverpflichtetes Mitglied in die europäische Föderation aufgenommen wird.«²

In seinen Erinnerungen formulierte er das später so: »Ich war der Auffassung, der Gegensatz zwischen Sowjetrußland und den freien Völkern werde ständig wachsen. Es war auch für Amerika lebensnotwendig, daß ein starkes Westeuropa entstand. Hierzu war Deutschland unentbehrlich. Ein Land in Fesseln ist kein guter, vollwertiger Partner. Meines Erachtens würden unsere Fesseln daher allmählich fortfallen.«³

Die »Fesseln« waren das Besatzungsstatut, mit dem sich die drei Westmächte auf wichtigen Gebieten Vorbehaltsrechte gesichert hatten. Adenauer war von Anfang an zu einer Politik der Zugeständnisse und Vorleistungen bereit, in der berechtigten Hoffnung, dass erst die Praxis die Grundlage für eine Partnerschaft mit den Westmächten schaffen werde, an deren Ende die Souveränität der Bundesrepublik stand – fest eingebunden in die Gemeinschaft der westlichen Staaten.

Auf diesem Weg zur Erlangung der Souveränität spielten der Schuman-Plan und die daraus entstehende Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl als erster Schritt zur europäischen Integration eine wichtige Rolle. Der Plan, den Frankreichs Außenminister Robert Schuman im Mai 1950

ankündigte, wies den Weg zu einer deutsch-französischen Annäherung, die wiederum Grundvoraussetzung für eine mögliche Integration Europas unter Einschluss der Bundesrepublik war, ganz im Sinne von Achesons Überzeugung, dass »ein Europa ohne Deutschland wie ein Körper ohne Herz« sei.⁴ David Bruce, US-Botschafter in Paris, meinte im Februar 1951: »Nach der allgemein herrschenden Stimmung steht und fällt die Bereitschaft Amerikas zu Hilfeleistungen an Deutschland mit Annahme des Schuman-Planes durch die Bundesrepublik. Nichtannahme wird dazu führen, daß Amerika in allen anderen Fragen jedes Interesse an Deutschland verlieren wird. Der Schuman-Plan hat selbst für diejenigen Amerikaner, die die Einzelheiten nicht kennen, symbolische Bedeutung erlangt und ist für die öffentliche Meinung Amerikas zum Prüfstein für die gesamte künftige politische Haltung Deutschlands geworden.«⁵

Im Gespräch mit Adenauer bestätigte McCloy diese Auffassung im Juli 1951. Demnach spielte der Schuman-Plan in den Überlegungen der führenden amerikanischen Persönlichkeiten »eine entscheidende Rolle. Immer wieder wurde die Frage gestellt, wie kann man einen neuen deutschen Militarismus vermeiden und darf man überhaupt heute schon den Deutschen wieder Waffen in die Hand geben. Im allgemeinen wird der Schuman-Plan als eine ›herrliche Sache‹ angesehen. Kein Mensch wisse, was er wirklich bedeute, aber es genügten die mit ihm verknüpften allgemeinen Vorstellungen über eine Zusammenfassung von Deutschland und Frankreich, die für alle Zeiten kriegerische Konflikte ausschloße. Die Überzeugung sei im Wachsen, daß man Deutschland wieder trauen könne.«⁶

Und offensichtlich auch wieder Waffen geben konnte, was im Zusammenhang mit dem im Juni 1950 ausgebrochenen Koreakrieg zwingend wurde.⁷ Adenauer wurde schon bald der »beste Kanzler, den wir bekommen konnten«, wie der Leiter der

Deutschlandabteilung im Foreign Office, William Mallet, am 29. November 1950 die Meinung des britischen Hohen Kommissars in der Bundesrepublik, Ivone Kirkpatrick, über Adenauer in einem Memorandum für Außenminister Ernest Bevin zusammenfasste.⁸ Und dieser Kanzler hielt unbeirrt Kurs und widerstand allen Neutralitätsversuchungen Stalins – Stichwort Stalin-Note vom 10. März 1952: Stalins Angebot: Deutschland wiedervereint, aber militärisch neutral.⁹ Adenauer wurde jetzt so etwas wie der »Turm in der Schlacht«¹⁰ bei möglichen neuen sowjetischen Angeboten. Die amerikanische Politik lautete Anfang 1953 denn auch, um beinahe jeden Preis den Wahlsieg Adenauers zu sichern.

2. Dwight D. Eisenhower

Am 4. November 1952 wurde Dwight D. Eisenhower zum neuen Präsidenten der USA gewählt, am 20. Januar 1953 als 34. Präsident vereidigt.

Dwight D. Eisenhower wurde 1890 in dem kleinen Ort Denison in Texas geboren. Seine deutschstämmigen, protestantischen Eltern zogen nach Abilene in Kansas, als er zwei Jahre alt war. Dort besuchte Eisenhower die Schule. Diesen verschlafenen Ort, der seine große Zeit in den 1870er Jahren gehabt hatte, bezeichnete er später als seine Heimat. Abilene ist auch heute noch ein überschaubarer Ort, allerdings seit mehr als 60 Jahren mit der herausragenden Eisenhower-Bibliothek.

Eisenhower schlug die Militärkarriere ein; man ermöglichte ihm den Besuch der Militärakademie in West Point. Dies zeichnete seinen weiteren Weg vor. Einer seiner Förderer war der später so berühmte General Douglas MacArthur, der ihn 1933 zu seinem Adjutanten machte und dem er dann 1935 auch auf die Philippinen folgte.

Ende Dezember 1939 kehrte er in die USA zurück und arbeitete im Kriegsministerium. Was er von der Entwicklung in Deutschland unter den Nazis hielt, wurde in einem Brief deutlich, den er seinem Bruder Milton bei Kriegsausbruch schrieb: »Es kann kaum möglich sein, daß Menschen, die sich selbst als intelligent bezeichnen, einem machtbesessenen Egozentriker, einem kriminellen Irren, die absolute Herrschaft über ein 89-Millionen-Volk überlassen.« Das bedeutete, wie der Biograf Eisenhowers, Stephen Ambrose meinte, in einem Wort zusammengefasst, Kollektivschuld. Und Eisenhower prophezeite, sollte Hitler den Krieg verlieren, »muß Deutschland zerstückelt werden«.¹¹

1944 leitete er die Invasion in der Normandie. Bei dem schnellen Vormarsch auf Paris glaubte so mancher Zeitgenosse, der Krieg sei bald zu Ende. Eisenhower wusste es besser. Am 11. August schrieb er seiner Frau Mamie, sie solle nicht alles glauben, was in den Zeitungen stehe: »Jeder Sieg ist süß, aber das Kriegsende wird erst erreicht sein, wenn wir die Hunnen vollständig geschlagen haben.« Und am 19. September: »Wir müssen noch viel erleiden. Mein Gott, ich hasse die Deutschen.«¹²

Je mehr die Wehrmacht Widerstand leistete, desto stärker wurde dieser Hass. Zu einem Schlüsselerlebnis für Eisenhower wurde sein bereits erwähnter Besuch des Konzentrationslagers Ohrdruf am 12. April 1945. Seiner Frau schrieb er anschließend: »Ich habe mir nicht in meinen Träumen vorstellen können, daß es solche Grausamkeit, Bestialität und Brutalität tatsächlich gibt in dieser Welt! Es war furchtbar.«¹³ Und zum Stabschef der Armee, George C. Marshall, meinte er: »Das, was ich gesehen habe, spottet jeder Beschreibung.«¹⁴

Schon vorher hatte er ein Fraternalisierungsverbot für seine Soldaten angeordnet. Sein Hauptaugenmerk als Militärgouverneur – bis November 1945 – legte er auf die Entnazifizierung. Im Oktober meinte er in einer Rede in Frankfurt am Main:

»Erfolg oder Mißerfolg unserer Besatzungspolitik wird sich in 50 Jahren zeigen, wenn wir dann die Deutschen anschauen. Der Beweis wird erbracht werden, wenn sie beginnen können, eine Demokratie aufzubauen, und wir ihnen die Chance geben, genau das zu tun.«¹⁵

Ende Dezember 1945 verließ Eisenhower Deutschland, um die neue Aufgabe als Stabschef der Armee in Washington zu übernehmen. Zwei Jahre später wurde er Präsident der Columbia University. Auf Vorschlag des NATO-Ministerrats ernannte ihn Präsident Truman am 19. Dezember 1950 zum Oberbefehlshaber der NATO.¹⁶

In dieser Funktion war er Anfang Januar 1951 zum ersten Mal wieder in Deutschland, wo er am 20. Januar auf einer Pressekonferenz in Frankfurt am Main feststellte: »Als ich das letzte Mal in Deutschland war, war ich voller Haß auf alles, für das die Nazis standen, und ich habe hart gekämpft, um sie zu zerstören. Aber was mich jetzt betrifft: Ich will die Vergangenheit ruhen lassen und hoffe, daß das große deutsche Volk eines Tages an der Seite der freien Welt steht, weil ich glaube, daß die Deutschen im Kern ein friedliebendes Volk sind.«¹⁷

Zwei Tage später kam es bei einem Empfang im Haus von Hochkommissar John McCloy in Bad Homburg im Beisein von Bundeskanzler Adenauer und dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer zu einer denkwürdigen Begegnung. Erstmals seit 1945 stand Eisenhower wieder Generälen der ehemaligen Wehrmacht gegenüber: Hans Speidel und Adolf Heusinger. Während des Krieges hatte Eisenhower sich geschworen, keinem deutschen General die Hand zu geben. Das hatte er im Mai 1943 bei der Kapitulation des deutschen Afrikakorps bei General Hans-Jürgen von Arnim genauso gehalten wie am 7. Mai 1945, als Alfred Jodl, Hans-Georg von Friedeburg und Wilhelm Oxenius vor ihm in Reims die bedingungslose Kapitulation unterzeichneten. Jetzt warteten vor allem die Deut-

schen gespannt auf Eisenhowers Reaktion. Der ging auf Speidel und Heusinger mit der Bemerkung »*Ah, the generals*« zu und gab ihnen die Hand. Speidel meinte später, diese Geste habe sehr zur Versöhnung beigetragen, zumal Eisenhower auf der erwähnten Pressekonferenz auch gesagt hatte, er unterscheide zwischen dem einfachen Soldaten und Offizier und Hitler mit seiner Verbrecherclique. Er glaube nicht, dass der deutsche Soldat seine Ehre verloren habe. Und im Übrigen sei er bereit, die Vergangenheit ruhen zu lassen.¹⁸

Eisenhower war zum Oberbefehlshaber der NATO mit der klaren Aufgabe ernannt worden, aus dem »Papiertiger« NATO, die bis zu diesem Zeitpunkt nur »mit Bindfaden, Kaugummi und Sicherheitsnadeln« zusammengehalten wurde, wie US-Außenminister Dean Acheson das so treffend formulierte,¹⁹ ein funktionierendes Militärbündnis zu machen. Ohne die Deutschen würde das wohl nicht gehen. Und da gab es noch etliche Misstöne.

Am 1. Februar 1951 berichtete Eisenhower dem amerikanischen Kongress über seine Informationsreise durch Europa vom 6. bis 26. Januar 1951. Zur Frage eines Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik meinte er, das sei langfristig nötig, wenn die Deutschen über einen längeren Zeitraum ihre Gleichberechtigung erarbeitet hätten. Erst dann könne man darüber reden, deutsche Einheiten in welcher Form auch immer zu akzeptieren.²⁰

Adenauer war irritiert. Der amerikanische Unterstaatssekretär George W. Perkins und der Leiter der Deutschlandabteilung des State Department, Henry Byroade, die sich anlässlich einer Konferenz amerikanischer Botschafter in den westeuropäischen Staaten Anfang Februar in Frankfurt am Main aufhielten, beeilten sich, Adenauer zu beruhigen. Sie versicherten ihm, dass sich durch diese Rede an der amerikanischen Politik in der Frage der Beteiligung Deutschlands an der Verteidigung Euro-

pas »nicht das geringste« geändert habe. Die Vereinigten Staaten legten auf die möglichst sofortige Beteiligung Deutschlands an der gemeinsamen Verteidigung nach wie vor »entscheidenden Wert«. ²¹

Ganz so einfach schien das allerdings doch nicht zu sein. Am 8. Februar 1951 meinte der amerikanische General Robert Wood in Chicago gegenüber dem deutschen Diplomaten Alexander Böker, Eisenhower sei zwar ein »außerordentlich charmanter Kerl, aber ein Opportunist. [...] Seine Begabung läge weniger auf dem soldatischen und strategischen Gebiet als in der Politik und der Diplomatie. Eisenhower betrachte auch seine gegenwärtige Aufgabe in diesem Licht. Er sei kein Mann der starken Überzeugungen, und man könne daher kein allzu großes Vertrauen in ihn setzen.« ²²

Ähnliches berichtete Böker dann wenig später nach seiner USA-Reise vom 27. Januar bis 15. Februar. Demnach schien Eisenhower in der Frage der deutschen Wehrbeteiligung eine »sehr zweideutige Rolle gespielt zu haben und noch zu spielen. Seine Schachzüge werden allseitig als mehr von politischen denn von militärischen Gesichtspunkten geleitet angesehen. [...] Im übrigen warnen viele, die Eisenhower aus nächster Nähe kennen, davor, seine in Frankfurt an die deutsche Presse gerichteten freundlichen Worte zu überschätzen; er habe im Grunde eine tiefe Abneigung gegen alles Deutsche, was noch dadurch gestärkt würde, daß er seinen stärksten politischen Rückhalt an sehr wohlhabenden, deutschfeindlichen, jüdischen Kreisen New Yorks [...] habe, denen eine deutsche Wiederaufrüstung ein Dorn im Auge sei, weil dadurch das internationale Gewicht Deutschlands erhöht würde. Das Urteil Eisenhowers in dieser Frage soll bei der Entscheidung über den Aufschub des deutschen Wehrbeitrages die ausschlaggebende Rolle gespielt haben und hat einige seiner Mitarbeiter im Pentagon stark vergrämt.« ²³